



Bilanz 1998 bis 2002 von Monika Griefahn MdB

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit 1998 vertrete ich den Landkreis Harburg im Deutschen Bundestag, zunächst in Bonn und jetzt in der Bundeshauptstadt Berlin.

Viele erfolgreiche Reformprojekte hat die rot-grüne Parlamentsmehrheit zusammen mit der Bundesregierung auf den Weg gebracht. Über alle diese Politikschwerpunkte informieren Bundesregierung, Ministerien und SPD-Bundestagsfraktion in den Medien, in Broschüren und mit ihren Internetangeboten.

Daneben möchte ich heute eine persönliche Bilanz meiner Arbeit von 1998 bis 2002 ziehen.

Im neuen Bundestagswahlkreis 36 möchte ich ab der Bundestagswahl 2002 für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Soltau-Fallingb. genau so als Ansprechpartnerin und Vertreterin der Interessen der Menschen vor Ort da sein, wie ich es bisher schon im Landkreis Harburg gewesen bin und es natürlich weiterhin sein möchte.

Ich bitte Sie deshalb um Ihr Vertrauen und stehe für Fragen immer gerne zur Verfügung.

Ihre

P.S.: Bitte besuchen Sie auch meine Internetseite unter <http://www.monika-griefahn.de>.

Arbeit im Wahlkreis

Bürgeranfragen

Über das Winsener Bürgerbüro erreichen mich zahlreiche Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern sowie SPD-Mitgliedern. Von einer simplen Auskunft über Broschürenwünsche bis hin zu komplizierten Ausländerrechts- oder Rentenangelegenheiten ist alles dabei. In vielen Einzelfällen bin ich auch selbst aktiv geworden und habe mich mit den zuständigen Behörden auseinandergesetzt. Spezielle Anliegen wurden an die Fachleute in der SPD-Bundestagsfraktion zur Beantwortung weitergeleitet. In einigen Fällen konnte konkret geholfen werden, in anderen weiterführende Informationen vermittelt werden.

Hauptsächlich aus den Bürgeranfragen sowie aus dem Tagesgeschäft ergibt sich ein umfangreicher Schriftverkehr mit rund 250 individuellen Briefen pro Jahr. Hinzu kommen die vielen Anschreiben zu den Berlinfahrten und die immer umfangreichere Korrespondenz via E-mail. Allein das Bürgerbüro erhält rund 1.200 E-mails pro Jahr.

Bürgersprechstunden

Seit der Bundestagswahl habe ich etwa alle zwei Monate Bürgersprechstunden in Winsen und / oder Buchholz abgehalten. Die insgesamt 26 Bürgersprechstunden wurden über die Lokalpresse angekündigt und waren zumeist sehr gut besucht.

Neben Informationswünschen zu aktuellen politischen Fragen sind es insbesondere persönliche Probleme im Umgang mit Ämtern und Behörden, die im Vordergrund stehen. Von besonderem Interesse waren für die Bürgerinnen und Bürger vor allem die Themen Arbeitslosigkeit, Gesundheitspolitik, Rente, Beamtensicherung, soziale Sicherung im weiteren Sinne, Einbürgerung und Ausländerpolitik, Natur- und Umweltschutz, Deichsicherheit sowie Verkehrspolitik.

Winsener Bürgerbüro

Seit Anfang 1999 haben der SPD-Ortsverein Winsen, Uwe Harden MdL und ich unter der Bezeichnung „Bürgerbüro“ ein gemeinsames Büro in Winsen. Ende 2000 ist das Büro in neue Räumlichkeiten in der Brauhausstraße 1, 21423 Winsen (Luhe), gezogen.

Das Bürgerbüro versteht sich als Serviceeinrichtung für alle Bürgerinnen und Bürger und natürlich auch für alle SPD-Mitglieder. Ich bitte darum, alle mich betreffenden Anfragen zu Terminen, Informationsmaterial etc. an das Bürgerbüro bzw. meinen Wahlkreismitarbeiter Matthias Westermann zu richten, weil ich während der Sitzungswochen des Bundestags in Berlin bin (ca. 24 Wochen im Jahr), viele auswärtige Termine wahrzunehmen habe und deshalb privat nur schwer erreichbar bin. Mein Wahlkreismitarbeiter Matthias Westermann bietet im Bürgerbüro eine Sprechstunde an jedem Dienstag und Freitag von 15:00 bis 18:00 Uhr an und ist in dieser Zeit unter der Telefonnummer 04171 / 62694, ansonsten unter der bekannten Telefonnummer 04171 / 780171 zu erreichen.

Deutscher Bundestag
Mitarbeiter: Dirk Beusch,
Christiane Fetscher, Fabian
Schmitz, Anne Sophie Petersen
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227-72425 / 26
Fax: (030) 227-70125
Email:
monika.griefahn@bundestag.de



Monika Griefahn MdB
Foto: Jim Rakete (c)

Bürgerbüro
Mitarbeiter: Matthias Westermann
Brauhausstraße 1
21423 Winsen/Luhe
Tel: (04171) 780171
Fax: (04171) 780172
Email:
monika.griefahn@wk.bundestag.de
Internet:
www.monika-griefahn.de

Internetangebot www.monika-griefahn.de

Seit März 2000 sind in meinem Internetangebot unter der Adresse www.monika-griefahn.de bzw. www.griefahn.de zahlreiche Informationen über meine Arbeit abzurufen. Im November 2001 wurde das überarbeitete, neu gestaltete und mit noch mehr Informations- und Serviceangeboten bereicherte Internetangebot ins Netz gestellt. Die Zahl der Benutzer hat sich seitdem fast verdoppelt: rund 1.800 Besucher hat die Internetseite derzeit pro Woche.

Ein Special zu den Bundestagswahlen 2002 informiert aktuell über Veranstaltungen und Termine sowie interessante Links.

In den Rubriken finden sich weiterhin aktuelle Themenartikel zu Berliner Themen (u.a. meine Arbeit in den Ausschüssen) und Wahlkreisthemen (u.a. Verkehrspolitik), Termine, Biografisches zu meiner Person, Informationen zum Bürgerbüro und Wahlkreisbüro, alle Pressemitteilungen und thematische Kolumnen.

Die Landkreis Info Box, eine Datenbank mit 2700 Adressen von Vereinen und Verbänden im Landkreis Harburg, kann online abgefragt werden. Die Landkreis Info Box wurde übrigens von Arnd Karrenberg und Matthias Westermann gemeinsam erarbeitet. Auf meiner Homepage kann ein kostenloser Newsletter mit Veranstaltungshinweisen und den aktuellen Pressemitteilungen abonniert werden. Eine umfangreiche und nützliche Linksammlung enthält mehr als 1.000 überregionale und regionale Links und bietet das umfangreichste Linkangebot für nichtkommerzielle Webseiten aus den Landkreisen Harburg und Soltau-Fallingb. Bei einem Vergleichstest aller Webangebote von Bundestagsabgeordneten belegte die Website, damals noch im alten Design, immerhin Platz 65 von 274.

Berlinfahrten

Die Nachfrage nach Berlinfahrten von Einzelpersonen, Schulklassen und anderen Gruppen ist nach wie vor sehr groß und kaum zu befriedigen. Dies liegt zum einen an der Attraktivität der Hauptstadt Berlin, zum anderen daran, dass der Landkreis Harburg ausschließlich von mir in Berlin repräsentiert wird und die CDU zurzeit keinen Bundestags-

abgeordneten mit Wohnsitz im Landkreis Harburg hat. Während früher zwei Bundestagsabgeordnete über ein doppelt so großes Platzkontingent verfügten, kommen nun alle Schulklassen, Vereine und Verbände auf mich zu. Jährlich steht mir über das Bundespresse- und Informationsamt ein Kontingent von 100 Plätzen für zweitägige Berlinfahrten zur Verfügung. Außerdem wird für maximal 200 Personen vom Bundestag ein anteiliger Fahrtkostenzuschuss gewährt. Von diesen 200 Personen können 100 Personen einen Informationsvortrag im Reichstagsgebäude über die Arbeitsweise des Parlaments wahrnehmen, weitere 100 Personen können an einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages teilnehmen.

Insgesamt wurden seit September 1998 Fahrten für ca. 3.000 Personen organisiert oder betreut. Alleine im Jahre 2001 wurden von Matthias Westermann und Fabian Schmitz acht Fahrten mit annähernd 400 Personen organisiert. Weiterhin wurden zahlreiche Besuchergruppen außerhalb der o.g. Kontingente betreut (2001: 10 Gruppen).

Für 2002 sind bereits seit längerem alle bezuschussten Plätze für Gruppenfahrten vergeben. Durchgeführt worden sind in 2001 unter anderem eine Fahrt mit dem Kreisverband Harburg des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, eine Fahrt mit Jugendlichen aus Winsen und Seevetal, eine Fahrt mit dem Blasorchester Sprötze, eine Fahrt mit der Kameradschaft ehemaliger Feuerwehrführer im Landkreis Harburg, eine Fahrt mit Behinderten von der DMSG-Kontaktgruppe Winsen (= Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft) und dem Rolli-Treff Winsen und mehrere Fahrten mit interessierten Einzelpersonen. 2002 wurden sehr viele Fahrten von Schulklassen und eine Fahrt der Stadtjugendpflege Winsen im Rahmen des Ferienprogramms durchgeführt.

Grundsätzlich können sich alle Bürgerinnen und Bürger, die im Wahlkreis wohnen, auf die im Bürgerbüro von Matthias Westermann geführte Warteliste setzen lassen und werden dann vor einer anstehenden Fahrt schriftlich benachrichtigt. Anmeldungen für Berlinfahrten sollten vollständig Vorname, Nachname, Anschrift und Telefonnr. enthalten.

Veranstaltungen und andere Aktivitäten

Ich bin auf Einladung von Ortsvereinen und anderen Veranstaltern auf zahlreichen Veranstaltungen gewesen. Ebenso habe ich etliche Veranstaltungen initiiert. Hier eine Kurzübersicht:

- Veranstaltung in Buchholz zum Thema „Kosovo“
- Veranstaltungen in Tostedt und Buchholz zur Rentenpolitik mit Kurt Palis MdB
- Veranstaltung in Tostedt zum Erneuerbare-Energien-Gesetz diverse Referate bei SPD-Ortsvereinen „Bericht aus Berlin“ mit aktuellen Themen
- Teilnahme an einer Bürgerinitiativen-Veranstaltung zum Thema „Y-Trasse“ in Tangendorf
- Veranstaltung zum Verbraucherschutz beim OV Seevetal
- mehrere Veranstaltungen zum Thema Gesundheitspolitik mit der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60 +
- Veranstaltung zum Thema „Die neue Rente“ in der Buchholzer Empore mit Kurt Palis MdB, Monika Griefahn MdB und Norbert Stein am 11.6.2001
- Veranstaltung zur Rentenpolitik mit Gerd Andres, dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, in Stelle am 21.8.2001
- „Bericht aus Berlin“ in Toppenstedt am 22.8.2001
- „Familie Griefahns Sommerfest“ am 1.9.2001

Folgende Veranstaltungen sind aus dem Jahr 2002 exemplarisch zu nennen:

- Veranstaltung „Perspektiven für den Heideturismus“, SPD-Bundestagsfraktion vor Ort, u.a. mit Annette Faße MdB, Ministerialdirigent Thomas Kroemer und Prof. Dr. Edgar Kreilkamp, Universität Lüneburg, im Camp Reinsehen Hotel, Schneverdingen, am 21.5.2002
- Veranstaltung „Von Willy Brandt zu Gerhard Schröder“ mit Paul Neumann MdB a.D. und Monika Griefahn MdB, außenpolitisches Referat „Deutschlands Rolle in Europa und der Welt - damals und heute“, in der Schlosskapelle Winsen, am 28.5.2002
- Veranstaltung „Die Zukunft des Ehrenamts – Wege zur Stärkung des Bürgerschaftli-

- chen Engagements“, SPD-Bundestagsfraktion vor Ort, mit Dr. Michael Bürsch MdB, in Rosengarten-Nenndorf, am 29.5.2002
- Veranstaltung Innenpolitik, Information und Diskussion zu den Themen „Zuwanderungsgesetz“ und „Innere Sicherheit“, mit Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern, im Kartoffelkeller, Rathaus Neu Wulmstorf, am 30.5.2002
 - Veranstaltung „Erneuerung und Zusammenhalt“, Bürgerforum zum Regierungsprogramm der SPD mit dem SPD-Generalsekretär FRANZ MÜNTEFERING, in der Burg Seevetal, Seevetal-Hittfeld, am 12.6.2002
 - Veranstaltung „Aktiv für den Mittelstand“, SPD-Bundestagsfraktion vor Ort, unter anderem mit Dr. Ditmar Staffelt MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, in Walsrode, am 17.6.2002
 - Veranstaltung „Aktuelle Fragen der Landwirtschaftspolitik“, Veranstaltung mit dem Arbeitskreis interessierter Landwirte, mit Dr. Gerald Thalheim MdB, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Rosengarten-Nenndorf, zuvor Besuch Hof Cordes, Wesel mit dem Parlamentarischen Staatssekretär, am 18.6.2002
 - Veranstaltung „21 Ziele für das 21. Jahrhundert - Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung für eine nachhaltige Entwicklung, Perspektiven für ein zukunftsfähiges Deutschland im 21. Jahrhundert“, Vortrag und Diskussion mit Monika Griefahn MdB, Stelle, 19.6.2002

Daneben möchte ich beispielhaft noch folgende Aktivitäten nennen:

- Veranstaltung von 2 Busfahrten in den Heidepark Soltau für Kinder und Jugendliche mit wenig Geld
- Hofbesichtigung in Rade mit dem damaligen Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke
- Ortstermin am Winsener Bahnhof mit der Stadtdirektorin Angelika Bode

- Besuchstermine und Gespräche in allen Krankenhäusern im Landkreis Harburg
- Präsentation der Wanderausstellung des Deutschen Bundestages im Rathaus Winsen (Luhe)
- Eröffnung des 7. Kultursommers in der Elbmarsch mit dem Staatsminister für Kultur, Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin am 29.6.2001
- Besuch des Krankenhauses Winsen mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und anschließende öffentliche Veranstaltung im Marstall Winsen am 3.9.2001
- Regelmäßige Treffen des von mir ins Leben gerufenen, unabhängigen und überparteilichen „Aktionskreises Gesicht zeigen!“ im Landkreis Harburg, der sich gegen Rechtsextremismus einsetzt
- Große Auftaktveranstaltung des Aktionskreises in der Schützenhalle Buchholz am 15.9.2001, mit Musik, Theater, Talkrunden und ca. 30 Ständen beim Markt der Möglichkeiten
- Ausstellung „Demokratie ist verletzlich“, Informationen zum Rechtsextremismus in Deutschland, gemeinsame Ausstellung des Aktionskreises und des Bundesamtes für Verfassungsschutz, in der Zivildienstschule Buchholz, vom 25.2. bis 9.3.2002
- Zeitzeugenveranstaltung des Aktionskreises „An der Gefahr Neues erkennen: Dietrich Bonhoeffer 1933 - 1945“ mit Ruth Alice von Bismarck, Christuskirche Fleestedt, am 29.4.2002
- Zeitzeugenveranstaltung des Aktionskreises, Konzert „COINCIDENCE“ mit Esther & Edna Bejarano, Kirche St. Marien, Winsen, am 6.5.2002
- Gespräche und Veranstaltungen mit Institutionen, Vereinen und Verbänden, z.B. Industrie- und Handelskammer, Guttempler, Herbergsverein Tostedt, DMSG-Gruppe Winsen (Run for Help)
- Gespräch mit dem Präsidenten der TU Hamburg-Harburg, Herrn Prof. Dr. Nedeß
- Ortstermine zu verschiedenen Themen wie z.B. Lärmschutz an Schienenstrecken, Energiekosten von Gartenbaubetrieben und Verkehrsprojekten (3. Gleis Stelle – Lüneburg, B

75 neu Dibbersen, mögliche BAB-Abfahrt Scharrl)

- Besuch zahlreicher Unternehmen im Wahlkreis, z.B. Pressevertrieb Schwarz u.a.
- regelmäßige Pressemitteilungen und Pressegespräche, z.B. Halbzeitbilanz-Pressekonferenz mit Dietmar Stadie am 4.10.2000 und Bilanzpressekonferenz am 1.7.2002
- regelmäßige Kolumne (alle drei Wochen am Donnerstag) in den Harburger Anzeigen und Nachrichten
- Betreuung von deutschen und amerikanischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (Austauschprogramm zwischen dem Kongress der USA und dem Deutschen Bundestag für Schüler und junge Berufstätige)
- Präsenz bei allen Ortsvereinen im Kommunalwahlkampf 2001 anlässlich von Radtouren, Infoständen, öffentlichen Veranstaltungen

Der Neujahrsempfang, den ich Anfang 1999 initiiert hatte, wird seit 2000 als Veranstaltung des SPD-Unterbezirks in Zusammenarbeit mit dem SPD-Ortsverein Hanstedt und den SPD-Landtagsabgeordneten Uwe Harden, Silva Seeler und Brigitte Somfleth mit großem Erfolg durchgeführt und hat sich bewährt. Der Dank gilt hier besonders den Hanstedter Genossinnen und Genossen, die sich bereit erklärt haben, auch den nächsten Neujahrsempfang am 20. Januar 2002 im Alten Geidenhof in Hanstedt wieder auszurichten.

Familie Griefahns Sommertour und Sommerfest

Seit 1998 habe ich jedes Jahr gemeinsam mit den SPD-Ortsvereinen „Familie Griefahns Sommertour“ durchgeführt, bei der ich mit Mann, Kind und Kegel, dem Fahrradmobil und den jeweiligen SPD-Ortsvereinen durch den ganzen Landkreis geradelt bin und viel von den Sehenswürdigkeiten und Einrichtungen des Landkreises Harburg kennen gelernt habe. 2000 stand die Tour unter dem Motto „Die Mühltour“, weil insbesondere Wind- und Wassermühlen Ziel der einzelnen Touren waren. Im Jahre

2001 war die Tour mit Rücksicht auf den Kommunalwahlkampf, der vor Ort alle Kräfte forderte, auf einzelne Radtouren beschränkt worden.

In 2002 findet die Radtour vom 5. bis 16. August in den Landkreisen Harburg und Soltau-Fallingb. statt. Ziel ist es, sich vor Ort ein Bild zu machen und mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Große Resonanz hat in jedem Jahr auch „Familie Griefahns Sommerfest“. Im Rahmen der Sommertour habe ich seit 1998 stets zu einem Grillfest eingeladen, das Gelegenheit zum Klönen und geselligen Beisammensein gab. In diesem Jahr ist das Fest am 16. August 2002.

Arbeit im SPD-Unterbezirksvorstand

Als stellvertretende SPD-Unterbezirksvorsitzende habe ich mich schwerpunktmäßig mit den Themen Verkehrspolitik und Wahlkreisneuordnung befasst. Im Vordergrund der Arbeit des SPD-Unterbezirks stand weiterhin die Vorbereitung der Kommunalwahlen in Niedersachsen am 9. September 2001 durch mehrere Seminare und Tagungen.

Einige Themen der Wahlkreisarbeit

Sehr detailliert informiere ich auch auf meiner Homepage im Internet über diese Fragen: <http://www.monika-griefahn.de/>

Verkehrspolitik

Einen Schwerpunkt meiner Arbeit machen verkehrspolitische Fragestellungen aus. Hier sind als Themen besonders zu nennen:

- B 75 neu Ortsumgehung Dibbersen
- das 3. Gleis zwischen Stelle und Lüneburg
- Einsatz für die Bahnhöfe der Region
- Einsatz für den Lärmschutz in der Region
- S-Bahn im südlichen Hamburger Umland für die Strecke Hamburg-Harburg – Buxtehude
- Informationen zur Y-Trasse

B 75 neu Ortsumgehung Dibbersen

Als ein großes Problem im Straßennetz brennt vor allem den Buchholzern seit Jahren und Jahrzehnten das Thema „Ortsumgehung Dibbersen“ unter den Nägeln. Mit den Jahren wurde der Verkehrsstrom immer größer, der Verkehrsfluss immer zäher und die Situation immer unhaltbarer. Leider konnten sich die beteiligten Gemeinden in der Vergangenheit nicht auf eine gemeinsame Variante einigen, im Gespräch waren mehrere Ost- und Westumgehungsvarianten. Ich habe hier die Bemühungen unterstützt, vor Ort zu einer Einigung zu kommen, und setze mich für eine möglichst schnelle Umsetzung des Verkehrsprojekts ein. Die SPD-Fraktion im Buchholzer Stadtrat hat einen Vorschlag unterbreitet, wie die Ortsumgehung effizient und kostensparend verwirklicht werden kann. In Buchholz wird eine private Vorfinanzierung des Verkehrsprojekts diskutiert, um möglichst schnell Abhilfe zu schaffen. Auch wird eine Variante vorgeschlagen, die Rosengarten weniger berührt. Ich bemühe mich darum, dass das Verkehrsprojekt bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans berücksichtigt wird. Das vom Bund vorgenommene Bewertungsverfahren und die anschließende Abstimmung mit den Ländern laufen 2001 und 2002; mit dem neuen Verkehrswegeplan ist etwa 2003 zu rechnen. Verkehrsprojekte, für die schon die Planfeststellung gelaufen ist, sind vorrangig. Deshalb ist es nachteilig, dass nach zwanzigjähriger Diskussion die Planungen in der Vergangenheit nicht vorankommen sind. Mit der Neuwahl der beiden Bürgermeister in Rosengarten und Buchholz können wir jetzt eine Lösung schaffen. Auch haben wir den Ministerpräsidenten und die Verkehrsminister aktiv eingebunden. In den Planungsunterlagen zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans ist das Verkehrsprojekt positiv bewertet.

Das 3. Gleis zwischen Stelle und Lüneburg

Die Eisenbahnstrecke Hamburg-Hannover gehört zu den meistbefahrenen Eisenbahnstrecken im Bundesgebiet. Neben der Strecke Hamburg-Bremen handelt es sich

um eine der wichtigsten Verkehrsverbindungen in Nord-Süd-Richtung. Die zunehmende Integration Skandinaviens in die EU wird zu einem weiter steigenden Verkehrsaufkommen führen. Die Kapazitätsgrenze der Strecke Hamburg-Hannover ist seit langem erreicht. Verspätungen, Warten auf Überholung, und Schwierigkeiten bei der Fahrplannerstellung sind an der Tagesordnung. Insbesondere der Nahverkehr mit den Stadt- und Regionalexpresszügen leidet unter der Überlastung.

Über zwanzig Jahren wurde im Landkreis Harburg der Bau eines 3. Gleises zwischen Stelle und Lüneburg diskutiert. So hatte z.B. die alte CDU/CSU/FDP-Bundesregierung das 3. Gleis nicht in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen. Im Jahr 2000 ist es mir gemeinsam mit anderen SPD-Politikern gelungen, die Finanzierung für das Verkehrsprojekt 3. Gleis in Höhe von 383 Millionen Mark sicherzustellen. In dem vom damaligen Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen Reinhard Klimmt vorgelegten Anti-Stau-Programm ist das 3. Gleis als eines von neun Schienenverkehrsprojekten enthalten. Das 3. Gleis zwischen Stelle und Lüneburg ist sogar das einzige norddeutsche Schienenverkehrsprojekt, das berücksichtigt wurde. Diverse Schreiben und zahlreiche Gespräche mit dem früheren Bundesverkehrsminister Franz Müntefering, dem jetzigen Verkehrsminister Kurt Bodewig, dem früheren zuständigen Parlamentarischen Staatssekretär Lothar Ibrügger, dem früheren Bahnchef Dr. Johannes Ludewig, dem jetzigen Bahnchef Hartmut Mehdorn, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Peter Struck sowie mit allen örtlichen SPD-Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie mit der SPD-Kreistagsfraktion haben das Projekt entscheidend vorangebracht. Die Aufnahme in dieses Sonderprogramm ist gerade deshalb von herausragender Bedeutung, weil die alte CDU/CSU/FDP-Bundesregierung einen Bundesverkehrswegeplan hinterlassen hat, der mit rund 100 Milliarden Mark heillos unterfinanziert war, und deshalb viele baureife Projekte aufgrund mangelnder Finanzausstattung trotzdem keine Chance haben, verwirklicht zu werden. Das 3. Gleis war bislang überhaupt nicht im

Bundesverkehrswegeplan enthalten, geschweige denn war die Finanzierung gesichert. Nach dem Willen der Bundesregierung wird das 3. Gleis im nächsten Bundesverkehrswegeplan enthalten sein.

Die drei SPD-Landtagsabgeordneten Uwe Harden, Silva Seeler und Brigitte Somfleth haben inzwischen erreicht, dass das Land Niedersachsen eine großen Teil der Kosten für das Planfeststellungsverfahren für das 3. Gleis vorfinanziert. Das Verkehrsprojekt ist also endlich auf einem guten Weg.

Einsatz für die Bahnhöfe der Region

Ich habe mich seit Beginn der Wahlperiode insbesondere auch für die Bahnhöfe der Region eingesetzt. Viele Bahnhöfe im Kreisgebiet sind verkommen und verwahrlost und bedürfen dringend einer Renovierung. Problematisch sind der schlechte bauliche Zustand der Gebäude, fehlende Toiletten und die fehlende Behindertengerechtigkeit vieler Bahnhöfe. Diese Probleme sind nicht von heute auf morgen zu lösen. Ich habe mich bereits mehrfach an die DB AG gewandt und zum Teil auch Ortstermine mit Vertretern der Bahn und der Gemeinden (z.B. in Winsen) wahrgenommen, um Verbesserungen im Landkreis zu erreichen.

Das Land Niedersachsen investiert mit seinem Nahverkehrsprogramm 2001 – 2005 rund 75 Millionen DM in die Bahnhöfe. Das Nds. Wirtschaftsministerium hat hierzu eine Liste der geplanten / beabsichtigten Stationsmaßnahmen herausgegeben. Im Landkreis berücksichtigt wurden Buchholz, Tostedt, Büsenbachtal und Neu Wulmstorf:

- Buchholz i.d. Nordheide: Komplettumbau Bahnhof geplant für 2003/2004
- Büsenbachtal: Erneuerung Seitenbahnsteig geplant für 2003/2004
- Neu Wulmstorf: Neubau Bahnsteiganlagen
- S-Bahnverlängerung geplant für 2003/2004
- Tostedt: Erneuerung Bahnsteiganlagen geplant für 2003/2004

Die niedersächsische Verkehrsministerin Dr. Susanne Knorre hat

außerdem ihre grundsätzliche Bereitschaft bekundet, die weitere Nutzung des Bahnhofsgebäudes Winsen für den öffentlichen Personennahverkehr zu unterstützen, wenn entsprechende Pläne vorgelegt werden. Derartige Maßnahmen können mit bis zu 75 % aus Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) bezuschusst werden. Auch andere Bahnhöfe im Kreisgebiet könnten, ein Engagement der Kommunen vorausgesetzt, von GVFG-Mitteln profitieren.

Einsatz für den Lärmschutz in der Region

Lärmsanierung ist sowohl an Autobahnen als auch an Schienenstrecken ein großes Thema. Der Nachholbedarf ist jedoch gewaltig, und die verfügbaren Mittel sind knapp. Bis 1998 gab es überhaupt keinen nachträglichen Lärmschutz an Schienenstrecken. Im Jahre 1999 hat der Bundesverkehrsminister erstmals auf Drängen der Koalitionsfraktionen ein Sonderprogramm von 100 Millionen DM jährlich für den Lärmschutz an bestehenden Schienenstrecken aufgelegt. Dieser Betrag in Höhe von 51,1 Mio. Euro wird auch für die Folgejahre bereitgestellt. Die Vergabe der Mittel erfolgt auf Basis eines Lärmkatasters nach objektiven Kriterien wie Höhe der Lärmbelastung und Bevölkerungsdichte. Es gibt kein offizielles Antragsverfahren. Dennoch habe ich mich bei allen zuständigen Stellen wiederholt für Lärmschutz in den betroffenen Gemeinden im Lkr. Harburg eingesetzt. Betroffen sind besonders Winsen, Ashausen, Stelle, Seevetal, Jesteburg, Buchholz und Tostedt. Im Juni 2001 ist eine Zusage für die Lärmsanierung eines 1,9 km langen Streckenabschnitts bei Jesteburg erfolgt. Winsen, Ashausen und ein Teil von Stelle werden vom Bau des 3. Gleises auch unter Lärmschutzgesichtspunkten profitieren, denn für Neu- und Ausbaustrecken gelten ganz andere Maßstäbe.

S-Bahn im südlichen Hamburger Umland für die Strecke Hamburg-Neugraben – Stade

Seit Jahren engagieren wir SPD-Abgeordnete aus dem südlichen Hamburger Umland uns gemeinsam für eine bessere Anbindung

an die Metropole Hamburg. Das nördliche Umland Hamburgs ist in Sachen S-Bahn schon seit Jahrzehnten wesentlich weiter.

Neue, moderne S-Bahn-Züge mit Zweistromtechnik können sowohl auf den klassischen Bundesbahnstrecken mit Oberleitung, als auch auf S-Bahn-Gleisen fahren. Am weitesten sind die Planungen für eine S-Bahn bis Buxtehude und weiter bis nach Stade gediehen. Langfristig muss es ein Ziel für die Region sein, auch von Harburg über Buchholz bis nach Tostedt und von Harburg über Winsen bis Lüneburg weitere S-Bahn-Linien einzurichten. Wegen der immensen Kosten ist aber nicht mit einer kurzfristigen Realisierung zu rechnen.

Die Y-Trasse

Kaum ein Verkehrsprojekt in der Vergangenheit erzeugte soviel Unruhe in der Bevölkerung wie die Y-Trasse. Die DB AG und das Land Niedersachsen treiben die Planungen für die Y-Trasse mit hoher Priorität voran. Die Y-Trasse wird aller Voraussicht nach auch im nächsten Bundesverkehrswegeplan enthalten sein. Ich habe die Planung und das Raumordnungsverfahren kritisch begleitet. Ich werde die berechtigten Interessen der betroffenen Bürger im Wahlkreis auch im Planfeststellungsverfahren unterstützen und mich besonders für den Lärmschutz und die Verbesserung des SPNV sowie der Heidebahntrasse einsetzen.

1. Die Vorgeschichte

Seit 1992 ist die Y-Trasse mit der offiziellen Bezeichnung „Ausbaustrecke / Neubaustrecke Hamburg / Bremen-Hannover“ im Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans enthalten. Dies beschloss die alte CDU/CSU/FDP-Bundesregierung ebenso wie das Schienenwegeausbaugesetz von 1993.

2. Drei Varianten waren im Raumordnungsverfahren

Im Raumordnungsverfahren wurden mehrere Suchkorridore gebildet. Die Y-Trasse sollte von Hannover aus entweder nordwestlich Richtung Bremen führen und würde dann im Landkreis Soltau-Fallingb. (Nähe Rotenburg, Variante 1) oder im Landkreis Harburg (Nähe Tostedt, Variante 2) an die bestehende Bundesbahnstrecke Hamburg-Bremen angebunden, oder

sie würde nördlich entlang der A 7 führen und würde dann im Bereich Winsen/Ashausen an die Strecke Hamburg-Harburg – Winsen/Luhe – Lüneburg angebunden (Variante 3).

3. Untervarianten

Die Bezirksregierung prüfte pflichtgemäß verschiedene Untervarianten zur Variante Nr. 1 (Wedemark und A 27 / Verden) und zur Variante Nr. 3 (Trasse durch den Buchwedel oder Trasse bei Ohlendorf neben der ursprünglichen Variante mit der Einfädung bei Ashausen).

4. Die Meinung der Bahn, das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens und die Kosten

Die Bahn AG spielt bei der Frage, ob die Y-Trasse gebaut wird, eine entscheidende Rolle. Nur wenn die Bahn von der Wirtschaftlichkeit der Y-Trasse überzeugt ist, wird die Trasse auch gebaut.

Das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens steht mit der Variante Nr. 1 (siehe oben) fest.

Die DB AG bevorzugte schon früh die Variante 1. Das Votum der DB AG konnte sich auf Umwelt-, Kosten- und sonstige Gesichtspunkte stützen. Die Variante 3 (A 7-Trasse) war wegen der hohen Kosten (geschätzte 4,15 Mrd. DM gegenüber 2,51 Mrd. DM bei Variante 1 und 2,83 Mrd. DM bei Variante 2) und wegen der weitestweitesten Umweltbeeinträchtigungen schon sehr früh ziemlich chancenlos. Gleichwohl untersuchte die Bezirksregierung Lüneburg in dem am 9. Juni 1999 eingeleiteten und mittlerweile abgeschlossenen Raumordnungsverfahren alle drei Trassenvarianten. Die Kommunen und andere Träger öffentlicher Belange wurden angehört und wurden bei der Erörterung der neuen Untervarianten erneut beteiligt. Das Land Niedersachsen will die Y-Trasse und die damit verbundenen Investitionen.

5. Wie geht es weiter mit der Y-Trasse ?

Das Raumordnungsverfahren wurde von der Bezirksregierung Lüneburg mit einer konkreten Empfehlung für die Trassenvariante 1 beendet. Es könnten jetzt theoretisch das Planfeststellungsverfahren (ca. drei Jahre) und anschließend die reine Bauzeit (ca. fünf Jahre) folgen.

Die Bahn setzt auf die Y-Trasse mit hoher Priorität – ebenso wie das Land Niedersachsen. Die

Bahn hat zusätzliche Planungsmittel eingesetzt, um die Planung schnell voranzutreiben.

Der „Aktionskreis Gesicht zeigen! im Landkreis Harburg“ : Aktive Arbeit gegen den Rechtsextremismus

Angesichts der rechtsextremen Aufmärsche im Bereich Tostedt hat sich auf Initiative von mir der unabhängige und überparteiliche „Aktionskreis Gesicht zeigen! im Landkreis Harburg“ gegründet. In ihm wirken zahlreiche Vereine und Verbände, Parteien (SPD, Grüne, CDU, FDP), Abgeordnete und Mandatsträger, Bürgerinnen und Bürger mit, um gegen den Rechtsextremismus anzugehen.

Folgende Aktivitäten hat der Aktionskreis bereits entfaltet:

- 12 Treffen des Aktionskreises zur Koordinierung lokaler Aktivitäten und Planung von Veranstaltungen
- Erarbeiten einer „Checkliste gegen rechte Parolen“, ein Flugblatt, das mit Fakten gegen Ausländerfeindlichkeit und Vorurteile angeht
- Erarbeitung einer Alarmierungsliste für Aktionen
- mehrere „Gesicht zeigen!“-Kolumnen von Prominenten in der Lokalpresse
- Veranstaltung mit Prof. Rolf Wernstedt und Silva Seeler MdL „Wie gefährlich ist der Rechtsextremismus?“
- große Auftaktveranstaltung am 15.9.2001 in der Schützenhalle Buchholz mit Musik, Theater, Talk und vielen Ständen beim Markt der Möglichkeiten
- Ausstellung gegen Rechtsextremismus „Demokratie ist verletzlich“, gemeinsam mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz, vom 25.2. bis 9.3.2002, in der Zivildienstschule Buchholz
- zwei Zeitzeugenveranstaltungen am 29.4. u. 6.5. 2002

Vorläufiger Erhalt der Zivildienstschule

Eine meiner ersten Aktivitäten noch im September 1998 war es, mich für den Erhalt der Zivildienstschule Buchholz einzusetzen. Mit Erfolg: Die Zivildienstschule ist bis zum heutigen Tage in Buchholz. An der Zivildienst-

schule Buchholz werden Zivildienstleistende in ständigem Wechsel in Einführungslehrgängen auf ihren Dienst vorbereitet.

Ich habe mich bereits vor der letzten Bundestagswahl für den Erhalt der Zivildienstschule Buchholz stark gemacht, Gespräche mit dem Örtlichen Personalrat bei der Zivildienstschule Buchholz, Wolfgang Kaeser, geführt, und auch an einer Außerordentlichen Betriebsversammlung der Beschäftigten der Zivildienstschule teilgenommen. Die Schule ist für die Stadt Buchholz zudem ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor.

Ich habe dann 1998 unmittelbar nach der Bundestagswahl Gespräche mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Christine Bergmann, und der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Edith Niehuis geführt. In diesen Gesprächen konnte eine Aussetzung der endgültigen Entscheidung über die Schulstandorte erreicht werden. Die Zukunft der Schulstandorte ist auch weiterhin abhängig von der Zukunft des Wehr- und Zivildienstes.

Weitere Themen

Ein weiteres lokales Thema, das ich für besonders wichtig halte, ist die Förderung einer eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung des Landkreises Harburg, z.B. durch die Ansiedlung von Firmen mit neuen Technologien (Initiative für die Solarfabrik). Der Landkreis Harburg weist in letzter Zeit erfreulich viele Existenzgründer auf. Hier zählt sich unter anderem die Arbeit der kreiseigenen Wirtschaftsförderungsgesellschaft WLH GmbH aus, die den wirtschaftlichen Strukturwandel im Landkreis aktiv begleitet und unterstützt. Den im 2. Anlauf erfolgreichen Zuschussantrag des lokalen Projekts „Lernende Region“ habe ich im Kontakt mit der Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn und dem Landesminister für Wissenschaft und Kultur, Thomas Oppermann, unterstützt.

Daneben setze ich mich auch weiterhin insbesondere für die Stärkung von Tourismus und Naherholung ein. Gerade in der zum Teil strukturschwachen Heide- und Lüneburger Heide-Region ist der Tourismus eine wichtige Einkommensquelle.

Arbeit in Berlin

Seit Beginn meines Mandats zuerst in Bonn und seit 1999 in Berlin bin ich Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses für Kultur und Medien. Sie sind der Kern meiner Abgeordnetentätigkeit im Parlament. Ich habe mich im Bundestag besonders der Kulturpolitik zugewandt, in die ich viele meiner Erfahrungen aus der Umweltpolitik einbringen kann.

Die Arbeit in den Ausschüssen

Ausschuss für Kultur und Medien

Der Ausschuss für Kultur und Medien wurde nach der Bundestagswahl 1998 neu eingerichtet. Er verdeutlicht, gleichzeitig mit dem ebenfalls neuen Amt des Staatsministers für Kultur und Medien, die stärkere Rolle der Kultur- und Medienpolitik in der Arbeit der Bundesregierung. Nachdem ich bereits von 1999 bis 2000 kultur- und medienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion war, bin ich seit Juli 2000 Vorsitzende des Ausschusses. Gleichzeitig bin ich die Sprecherin für Neue Medien der Fraktion sowie Berichterstatterin für die Auswärtige Kulturpolitik.

Der Kulturausschuss beschäftigt sich mit allen rechtlich und politisch relevanten Themen der Kunst und Kultur. Dazu gehören beispielsweise die Reform des Urhebervertragsrecht, die Novellierung der Künstlersozialversicherung, die Besteuerung ausländischer Künstler, ein neues Stiftungsrecht und die Kultureinrichtungen der Hauptstadt Berlin, soweit sie vom Bund finanziert werden. Eine Konzeption für die deutschen Gedenkstätten, für die Filmförderung und für die Auswärtige Kulturpolitik sind weitere Neuerungen in der Kulturpolitik, die in enger Zusammenarbeit mit der Regierung entstanden sind.

Neben diesen Themen geht es darum, der Kultur insgesamt einen höheren Stellenwert zu verschaffen, und den Dialog zwischen Kunst, Kultur und Politik zu initiieren bzw. zu verbessern. Dazu soll z.B. eine vom Bund finanzierte Bundeskulturstiftung eingerichtet werden, für die be-

reits Mittel in Höhe von 25 Millionen DM im Haushalt 2002 eingeplant sind. Der Ausschuss initiiert bzw. begleitet alle diese Projekte und versteht sich deshalb auch als eine Lobby für die Künstler und Kulturschaffenden. Deshalb gibt es im Kulturausschuss sehr oft Übereinstimmungen aller vertretenen Fraktionen und viele Diskussionen sind nicht so kontrovers wie in anderen Ausschüssen. Der Staatsminister für Kultur und Medien, Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, ist ein oft und gern gesehener Gast in den Ausschusssitzungen. Die Zusammenarbeit mit ihm, wie auch mit seinem Vorgänger Dr. Michael Naumann, funktioniert relativ reibungslos.

Nicht erst seit dem 11. September 2001 wird im Kulturausschuss der Dialog der Kulturen intensiv geführt. Für den Wiederaufbau von Einrichtungen wie der Armani-Oberrealschule in Kabul, dem Goethe-Institut sowie vieler Begegnungsorten für den Dialog der Kulturen haben wir im Haushalt 2002 rund 14 Mio. Euro zusätzlich eingeworben. Zusammen mit dem Auswärtigen Amt werden Projekte unter der Überschrift „Dialog mit dem Islam“ durch die Mittlerorganisationen DAAD, Alexander-von-Humboldt-Stiftung, GIN (Goethe Institut Inter Nationes) und deutsche Schulen entwickelt, die nun dringender denn je sind.

In der SPD-Fraktion sind unter meiner Federführung Anträge zur Auswärtigen Kulturpolitik und zur Deutschen Welle entstanden, die den Prozess der Neuorientierung unserer Außerparlamentarische sowie der Neustrukturierung der auf diesem Gebiet arbeitenden Organisationen begleitet und gefördert hat. Die Förderung der Demokratisierung, die Beachtung von Menschenrechten, und die Etablierung von Dialogstrukturen sind die Kernelemente der Auswärtigen Kulturpolitik. Hier, wie auf allen anderen Gebieten, klappt die Zusammenarbeit der beiden Regierungsfractionen vorzüglich.

Der gesamte Bereich der Medien ist ebenfalls in meinem Ausschuss angesiedelt. Um der besonderen Situation der Neuen Medien gerecht zu werden, wurde im Sommer 2000 ein Unterausschuss „Neue Medien“ eingerichtet, der sich aus Abgeordneten aus den Bereichen Wirtschaft und Technologie, Bildung, Jugend,

Recht und Kultur zusammensetzt. Damit wird die immense Querschnittsaufgabe deutlich, die in diesem Politikfeld zu erfüllen ist. Die Themen reichen von der Erschaffung einer europäischen Konvention zum „cyber crime“ über die Reform der Medienordnung bis zu Debatten über die Erfordernisse der Informationsgesellschaft sowie über den Daten- und Jugendschutz im Netz. Der Bundestag hat auch in Zusammenarbeit mit der Universität Frankfurt/Main ein Projekt der elektronischen Demokratie ins Leben gerufen. Unter der Internetadresse www.elektronische-demokratie.de können interessierte Bürgerinnen und Bürger an der Entstehung eines Gesetzesvorhabens mitwirken.

Auswärtiger Ausschuss

Ebenfalls seit 1998 bin ich zunächst ordentliches und seit 2000 – nach der Übernahme des Vorsitzes des Kulturausschusses – stellvertretendes Mitglied des Auswärtigen Ausschusses. Dort bin ich zuständig für alle Themen der Auswärtigen Kulturpolitik, der deutsch-französischen Beziehungen und der Internationalen Umweltpolitik. Diese Themen vertritt ich für die SPD-Fraktion im Ausschuss. Von 1998 bis 1999 war ich auch Sprecherin der SPD-Fraktion für die Arbeitsgruppe Vereinte Nationen.

Ich habe Anträge zur internationalen Umweltpolitik initiiert, die große Zustimmung in den Regierungsfractionen fanden. So habe ich einen Antrag eingebracht, der sich gegen den Bau zweier Atomkraftwerke (K2/R4) als Ersatz für das Kraftwerk Tschernobyl in der Ukraine wandte, der mit Hermes-Bürgschaften der Regierung unterstützt werden sollte. Es bestand die Gefahr, dass hier veraltete sowjetische Technik eingebaut werden sollte. Stattdessen forderte ich den Bau moderner Gaskraftwerke sowie ein Energieeinsparungsprogramm, die dem Bedarf in der Ukraine viel besser gedient hätten.

Im Jahr 2001 initiierte ich einen Antrag zur Minimierung der Gesundheitsgefahren beim Abbau von Gold. Die bis heute verwendete Abbaumethode unter Verwendung des hochgiftigen Zyanid ist nicht weiter vertretbar, wie die vielen Unfälle zeigen. Diese haben verheerende Folgen für Menschen und Umwelt. Im Jahre

2002 arbeitete ich mit an einem übergreifenden Antrag zum Weltgipfel in Johannesburg.

Der Auswärtige Ausschuss ist einer der großen Ausschüsse im Bundestag, der Bedeutung des Themas angemessen. Vor allen Dingen in der letzten Zeit gab es dort hitzige Debatten um den Einsatz der Bundeswehr im Kosovo und in Mazedonien und nun in Afghanistan bzw. um den Einsatz im Rahmen der Anti-Terror-Koalition der NATO. Dieser Ausschuss hat oft Besuch von hochrangigen Vertretern internationaler Organisationen und Regierungen aus aller Welt. Mit diesen Vertretern wird die aktuelle Weltpolitik debattiert, und der Ausschuss läßt sich von ihnen über die unterschiedlichsten Themen unterrichten, wie durch Russlands Präsident Putin oder den US-Präsidenten Bush. Frau Putin hatte während des Besuches des Präsidentenpaares einen kleinen Kreis von zwölf Frauen aus der gesamten Bundesrepublik eingeladen, den ich zusammen mit Jelena Hoffmann (unserer Abgeordneten russischer Herkunft) besuchen durfte.

Politik unterwegs: Reisen und Veranstaltungen

Meine Tätigkeit in Berlin erfordert auch einige Reisen in Deutschland und ins Ausland. Oft bin ich entweder als Vorsitzende des Kulturausschusses oder als Vertreterin der Bundestagsfraktion eingeladen. Als ordentliches Mitglied der OSZE-Parlamentarierdelegation sowie der IPU-Delegation (Interparlamentarische Union) des Bundestages verrete ich die Kultur-, Bildungs- und Umweltpolitik der SPD-Fraktion in diesen Gremien. So habe ich im Jahr 2000 einen Antrag zum „Dialog der Kulturen“ auf der IPU-Versammlung mitinitiiert. Im April 2001 habe ich in diesem Gremium einen Antrag zur Teilnahme aller gesellschaftlichen Gruppen an Bildung und Politik sowie zur Situation der Frauen in Afghanistan eingebracht. Dieser Antrag ist von der Versammlung einstimmig angenommen worden. Die Jahresversammlung der OSZE fand 2002 in Berlin statt. Für die deutsche Delegation war ich Mitglied des Vorbereitungskomitees und bin inzwischen auch stellvertretende Vorsitzende des OSZE-

Ausschusses für Wirtschaft und Umwelt.

Ich bin zu den unterschiedlichsten Themen als Kulturpolitikerin auf Podien, in Workshops und als Rednerin gefragt. Der Kulturausschuss unternimmt pro Jahr 2-3 Reisen zu verschiedenen Themen. So fördern wir den Dialog der Kulturen, indem Ausschussdelegationen nach Indien, Nepal, in den Iran, nach Ägypten, Jordanien, Syrien, Israel und in die palästinensischen Autonomiegebiete gereist sind. Mit dem Iran versuchen wir, diesen Austausch mit den demokratisch gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu vertiefen. Auf dieser Ebene finden auch viele Gegenbesuche statt, so dass ein Dialog in Gang gekommen ist.

Auf einer Reise nach Russland, haben wir uns über den Stand der Verhandlungen in der Frage der „kriegsbedingt verbrachten Kulturgüter“ (Beutekunst) unterrichtet und einen verstärkten Jugend- und Städteaustausch angeregt.

Ich besuche viele Veranstaltungen in Berlin und im Rest der Republik, die sich mit allen Themen der Kulturpolitik im Ausschuss beschäftigen. Bei vielen Veranstaltungen bin ich persönlich gefragt, um eine Rede zu halten, an Diskussionen teilzunehmen oder zu moderieren. Daneben habe ich mit meinem Berliner Büro eine lockere Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen, die sich mit der Verbindung von Kunst und Neuen Medien, insbesondere dem Internet, befasst. Dieser „Medienpolitische Salon“ will zeigen, wie klassische Formen der Kultur sich mit den Neuen Medien auseinandersetzen und sie für ihre Zwecke nutzen. Der erste Salon befasste sich mit Theater und Internet und hat ein großes Hamlet-Projekt des Schauspielers Herbert Fritsch aus Berlin vorgestellt.

Alle diese Reisen und Veranstaltungen dienen nicht zuletzt dem Dialog zwischen Kultur und Politik, der in einigen Bereichen noch durchaus verbesserungswürdig ist. Wir wissen bei diesem Vorhaben die Künstler auf unserer Seite, was der Politik sicher nicht schaden kann. Es hat sich zum Beispiel bei unserer Reise nach Asien und in den Iran gezeigt, dass allein die Tatsache, dass eine Delegation des deutschen

Bundestages, die sich auch noch mit Kulturpolitik beschäftigt, die Länder bereiste, dort starke Beachtung gefunden hat. Es waren immer noch die Kultur und Kulturpolitik, die verfolgten Künstlern aller Sparten Schutz bieten konnten. Hier ist besonders die Arbeit der Goetheinstitute, vor allem im Iran, hervorzuheben.

Parlamentarische Funktionen

Neben meiner Arbeit in den Ausschüssen bin ich stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe. Es finden eine große Anzahl von Begegnungen statt, die das besondere deutsch-französische Verhältnis widerspiegeln. Es gibt gegenseitige Besuche der Parlamentarier z.B. zu den Themen Europa, Film, Stiftungsrecht und viele gemeinsame Veranstaltungen von Bundestag und Assemblée Nationale. So bin ich im Sommer auf einer Konferenz des französischen Außenministeriums gewesen, das die Arbeit aller französischen Kulturinstitute im Ausland koordiniert. Dort habe ich einen Vortrag über die Arbeit unserer Goetheinstitute gehalten. Im November 2001 trafen sich die Auswärtigen Ausschüsse von Bundestag und Assemblée Nationale zu einer gemeinsamen Sitzung. Besonders hervorzuheben ist das „Parlamentarierkolloquium Paris-Berlin“, das wechselseitig in Deutschland und Frankreich stattfindet. Im Jahr 2000 habe ich ein großes Treffen auf höchster Ebene auf der Expo 2000 organisiert, das sich mit Fragen der Energiepolitik in beiden Ländern beschäftigte. Im Jahr 2001 findet im Mulhouse ein Kolloquium zur Gentechnik statt. Daneben finden zahlreiche Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Botschaften statt. Sie betreffen alle erdenklichen Politikgebiete, wobei ich natürlich besonders zu kultur- und umweltpolitischen Fragen gefordert bin.

Diese Parlamentariergruppen gibt es praktisch für jedes Land oder jede Region, so dass die internationalen Beziehungen der Parlamentarier untereinander bestens organisiert sind. Sie tragen erheblich dazu bei, dass wir viel voneinander lernen und die jeweiligen politischen Systeme besser verstehen können.

Parlamentarische Anträge

Anträge, Anfragen, Gesetzentwürfe, die von mir initiiert oder unterstützt wurden:

- Optimierung des Sicherheits- und Notfallkonzeptes für Nord- und Ostsee
- Initiative gegen die Auswirkungen der asiatischen Finanzkrise und des internationalen Subventionswettlaufs auf die deutsche und europäische Wertindustrie
- Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas und eines Hauses der Erinnerung
- Konzeption zur Förderung und Festigung der demokratischen Erinnerungskultur
- Gründung einer Stiftung zur Friedens- und Konfliktforschung
- Schutz der Wale dauerhaft sicherstellen
- Bau eines Atomkraftwerkes in der Türkei
- Sicherung der deutschen Nord- und Ostseeküste vor Schiffsunfällen
- Förderung der Friedens- und Konfliktforschung
- Für einen verbesserten Nichtraucherschutz am Arbeitsplatz
- Verbot des Elfenbeinhandels wiederherstellen
- Förderung der Handlungsfähigkeit zur zivilen Krisenprävention, zivilen Konfliktregelung und Friedenskonsolidierung
- Sicherung eines fairen und nachhaltigen Handels durch eine umfassende Welthandelsrunde
- Gesetz zur Sicherung der nationalen Buchpreisbindung
- Die Vereinten Nationen an der Schwelle zum neuen Jahrtausend
- Eigenständiges Antragsrecht für die Kinderkommission des Deutschen Bundestages
- Sicherung eines fairen Wettbewerbs für deutsche und europäische Werften
- Auswärtige Kulturpolitik für das einundzwanzigste Jahrhundert
- Schiffssicherheit auf der Ostsee verbessern
- Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung von Stiftungen
- Digitale Spaltung der Gesellschaft überwinden - Eine Informationsgesellschaft für alle schaffen

- Deutschlands Wirtschaft in der Informationsgesellschaft
- Zukunft der deutschen Sprache
- Gesetz zur Stärkung der vertraglichen Stellung von Urhebern und ausübenden Künstlern
- Haltungs- und Ausstellungsverbot für qualgezüchtete Tiere
- Nachhaltige Wasserwirtschaft in Deutschland
- Reform der deutschen Filmförderung

Im Jahr 2002

- Schutz der Menschenwürde angesichts der biomedizinischen Möglichkeiten – Kein Import embryonaler Stammzellen
- Bildungs- und Forschungspolitik für eine nachhaltige Entwicklung
- Nachhaltigkeitsstrategie der Europäischen Union
- Initiative des Europäischen Parlaments zur Buchpreisbindung in Europa unterstützen
- Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Preisbindung bei Verlagserzeugnissen
- Nationale Nachhaltigkeitsstrategie
- Parlamentarische Dimension und die Zukunft der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
- Empfehlungen der Internationalen Expertenkommission Historische Mitte Berlin
- Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002: Der nachhaltigen Entwicklung zum Durchbruch verhelfen
- Nationale Verantwortung des Bundes für Kunst und Kultur stärken
- Nachhaltige Entwicklung - neuer Gestaltungsansatz für die Globalisierung
- Entschließungsantrag zum Gesetz zur Modernisierung des Stiftungsrechts
- Entschließungsantrag zur Großen Anfrage betr. Zukunft des deutschen Auslandsfunks
- Reform der Medien- und Kommunikationsordnung für die Wissens- und Informationsgesellschaft verwirklichen
- Verantwortungsbewusste Forschung an embryonalen Stammzellen für eine ethisch hochwertige Medizin
- Keine verbrauchende Embryonenforschung: Import huma-

ner embryonaler Stammzellen grundsätzlich verbieten und nur unter engen Voraussetzungen zulassen

Internationale Anträge (IPU):

- Bildung und Kultur als grundlegende Faktoren zur Förderung der Beteiligung von Männern und Frauen am politischen Leben und als Voraussetzung für die Entwicklung der Völker (Havanna, April 2001)
- Beendigung der Missachtung der Menschenrechte und der Zerstörung von Kulturgütern durch die Taliban in Afghanistan (Havanna, April 2001)
- Förderung des Dialogs zwischen Zivilisationen und Kulturen (Amman, 2000)